

# Kahlschlag in der Offenen Jugendarbeit

## Krasse Fehlplanung: Zahlreiche Einrichtungen und Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit vor dem Aus!

### Verbesserung ja – aber nicht ohne Geld

Die neue Fördersystematik und die beschlossenen Qualitätsstandards sollten die Offene Kinder- und Jugendarbeit in Bremen verbessern. Das richtige Ziel: Gute Jugendarbeit mit verlässlichen Standards, qualifiziertem Personal, Planungssicherheit, Beteiligung, Inklusion und Räumen, die junge Menschen wirklich nutzen können. Das wurde von vielen Fachleuten ausdrücklich begrüßt. Doch es gab auch Bedenken, die nun vielerorts in Unverständnis und Unmut umschlagen – bei Kindern und Jugendlichen, Eltern, Fachkräften und Beiräten in den Stadtteilen. Denn es wird kaum mehr Geld für die angekündigten Qualitätsverbesserungen zur Verfügung gestellt.

**Und Standards ohne ausreichende Finanzierung werden zur Kürzung durch die Hintertür.**

Bremen stellt nicht ausreichend zusätzliche Mittel bereit, um diese Standards auch in der Fläche umzusetzen. Einzelne Angebote werden gestärkt, während andernorts Einrichtungen, Projekte und kleinere Träger unter Druck geraten. Etablierte Infrastrukturen werden in unsichere Projektförderungen verschoben oder stehen ganz vor dem Aus.

### Was ab 2027 auf dem Spiel steht

Beispiele dafür, was ab 2027 alles gestrichen werden soll, finden sich zuhauf. Nach den vorliegenden Planungen sollen unter anderem folgende Einrichtungen geschlossen werden:

-  Freizi Neustadt
-  Freizi Vahr
-  Sielwallhaus
-  Jugendhaus Borgfeld
-  Jugendclub UPS Marßel

Auch Projekte wie das Zirkusviertel, Nahbei/Martinsclub und das Übergangswohnheim in Findorff sollen zukünftig keine Förderung mehr aus der OKJA erhalten. Hinzu kommen rund 35 Projekte, die überregional zwischen den Stadtteilen aktiv sind und so wesentlich zur Mobilität und Vernetzung von Jugendlichen beitragen.

Vollkommen unklar ist, wie und in welchem Umfang es für die Einrichtungen weitergeht, die in Zukunft nur noch als Projekte gefördert werden. Fest steht aber schon jetzt, dass nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Qualitätsstandards flächendeckend umzusetzen oder auch nur den bisherigen Status quo der Förderung zu sichern.

Betroffen sind unter anderem Ratze, Freizi Haferkamp, Sportgarten, Stadtteilmarm Habenhausen, AWO Funpark, Jugendraum Huckelriede und Aktivtreff Arsten.

### Fachlich falsch und politisch kurzsichtig

Nicht nur fachlich sind die Schließungen und Angebotsreduzierungen vor dem Hintergrund steigender Jugendeinwohnerzahlen und wachsendem fachlichen Bedarf ein nicht zu vermittelnder Kahlschlag. Auch haushaltsrechtlich ist es hochproblematisch, Einrichtungen und Angebote, die über Jahre institutionell gefördert wurden, künftig nur noch projekthaft zu fördern.

**Das ist fachlich falsch und politisch kurzsichtig!**

Die Anforderungen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit steigen seit Jahren: Inklusion, Beteiligung, Armutfolgen, psychische Belastungen, Bildungsbenachteiligung, Demokratieförderung, Medienarbeit, Rechtsruck und der Bedarf an sicheren, nicht-kommerziellen Räumen in den Stadtteilen nehmen zu.

Gerade in Bremen, mit massiven sozialen Ungleichheiten, sehr hoher Kinder- und Jugendarmut und einer deutlich zu hohen Zahl junger Menschen ohne Schulabschluss, darf Offene Kinder- und Jugendarbeit nicht geschwächt werden.

Angemessen und zwingend erforderlich wäre es, die kontinuierlich gestiegenen Anforderungen an die Offene Kinder- und Jugendarbeit endlich anzuerkennen und mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Denn Offene Kinder- und Jugendarbeit ist keine freiwillige Nettigkeit, sondern gesetzliche Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe nach dem SGB VIII. Angebote müssen erreichbar, verlässlich, bedarfsgerecht sein und in angemessenem Umfang zur Verfügung stehen.

### KURZ GESAGT

Qualitätsstandards ohne ausreichende Finanzierung werden zur Kürzung durch die Hintertür.

**Unsere Forderung: mindestens 8 Millionen Euro mehr für Offene Kinder- und Jugendarbeit.**

### Bremen hat ein strukturelles Finanzierungsproblem

Bremen hat hier seit Jahren ein strukturelles Problem: Der Jugendbericht der Stadtgemeinde Bremen hat deutlich gemacht, dass Bremen beim Anteil der Mittel für Jugendarbeit mit 2 % des Jugendhilfeetats im Bundesvergleich Schlusslicht ist. Wer vor diesem Hintergrund neue Standards beschließt, muss sie auch angemessen finanzieren. Was angemessen ist, liegt in der Verantwortung der politischen Entscheidungsträger\*innen. Wenn zu wenig Geld im System ist, produziert auch der beste Verteilungsschlüssel keine bedarfsgerechte Jugendarbeit, sondern Konkurrenz um Mangel.

**Denn klar ist:**

**Hier wird kein Überfluss verteilt. Hier wird Mangel neu sortiert.**

Politische Verantwortung beginnt hier. Entscheidend ist nicht nur, wie verteilt wird. Entscheidend ist, dass insgesamt zu wenig da ist.

### Unsere zentrale Forderung

Wir fordern deshalb mindestens die Größenordnung, die der Jugendbericht der Stadtgemeinde Bremen 2022 rechnerisch sichtbar gemacht hat:

**Mindestens 8 Mio. Euro mehr für Offene Kinder- und Jugendarbeit!**

### Außerdem fordern wir:

- 1 **Erhalt aller bisher geförderten Einrichtungen und Projekte der OKJA**
- 1 **Flächendeckende Umsetzung der Qualitätsstandards**
- 1 **Langfristige Planungssicherheit und mehrjährige Förderverträge statt jährlicher Fördermittelvergabe für Einrichtungen**
- 1 **Keine Umwandlung institutioneller Förderung in Projektförderung**
- 1 **Regelförderung und abgesicherte Finanzierung für die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit unabhängig ihrer Größe**
- 1 **Erhalt der Träger- und Angebotsvielfalt**

**Denn:**

**Jugend braucht Orte.  
Jugend braucht Zeit.  
Jugend braucht Vertrauen.  
Jugend braucht Kohle.**

AG OKJA BREMEN

### Hinweis zur 8-Millionen-Formulierung

Jugendbericht der Stadtgemeinde Bremen 2022, Seite 130:

<https://www.transparenz.bremen.de/metainformationen/jugendbericht-der-stadtgemeinde-bremen-2022-186207>

Dort wird bei Zugrundelegung der für 2022 errechneten Verteilung der gewichteten Jugendeinwohner:innen und ohne Mittelverluste für Stadtteile ein notwendiger Mittelaufwuchs von knapp acht Millionen Euro beschrieben. Das ist keine direkte Forderung des Jugendberichts, sondern eine rechnerische Ableitung aus der damaligen Mittelverteilungssystematik.